

438,950 Mark, Summa summarum 1,727,575 Mark, die man der Staatskasse zufließen lassen könnte.

(Hört! bei den Sozialdemokraten.)

Nach Abzug der Steuereinnahme von der dritten Klasse, die wir befreien wollen, was einen Ausfall von 394,000 Mark ergibt, würden immer noch bleiben 1,394,508 Mark. Nun, da hätte ja die Regierung Mittel an der Hand, den Gemeinden, die jetzt an sie herantreten und Unterstützung verlangen für Bauten, für Schuldotationen, zu Hilfe zu kommen. Hier könnte sie ganz besonders helfend eingreifen, und ich denke, es wäre durchaus gar nicht zu hart, wenn wir auf die 364 Censiten, die wir hierbei treffen, eine derartige Steigerung bis vielleicht 6 Prozent vornehmen.

Da könnte man sagen: Ja, wo in aller Welt ist denn eine Steigerung bis 6 Prozent jemals nur zu verzeichnen, daß in einem Staate eine solche bis zu 6 Prozent vorhanden wäre? Ich werde Ihnen gleich den Nachweis liefern, daß jetzt schon Staaten vorhanden sind, die die progressiven Steuern längst eingeführt haben, und zwar noch höher als bis zu den von mir angedeuteten 6 Prozent. Die Steuergeschichte weist nach, daß bereits im vorigen Jahrhunderte die Einführung von progressiven Steuern erfolgte. 1792 wurden durch den Kurfürsten Friedrich August Progressivsteuern in Sachsen eingeführt und am Anfange des jetzigen Jahrhunderts ist in Oesterreich eine Progressivsteuer eingeführt worden für Einkommen über 100 Gulden mit 23 Stufen von 2½—20 Prozent sogar. Das haben wir schon im Anfange dieses Jahrhunderts in Oesterreich gehabt, und wenn noch irgend ein Zweifel darüber stattfinden könnte, daß, wenn man bis zu 6, 7 und 8 Prozent und sogar darüber hinaus geht, nicht daran zu denken ist, daß man die reichen Leute, die sich in dem Staatswesen aufhalten, hinaustreibt, so verweise ich Sie einfach auf die Steuerverhältnisse, wie sie im Kanton Zürich und im Kanton Basel bestehen. Im Kanton Zürich besteht laut Gesetz eine progressive Einkommensteuer, die bis zu 8 Prozent erhoben wird, und in Basel wie in Zürich wohnen sehr viele reiche Leute, die nicht dem Kanton Zürich wegen ihrer 8 Prozent Einkommensteuer den Rücken wenden, sondern es ziehen sehr viele reiche Leute hin. Also ein Grund zu der Befürchtung, daß bei einer progressiven Erhöhung der Einkommensteuer die reichen Leute dem Lande Sachsen den Rücken wenden würden, ist gar nicht vorhanden. Hier heißt es nur, richtig zuzugreifen und endlich die Lasten, die Staat und Reich bringen, auf die tragfähigen Schultern zu legen. Meine Herren! Es ist wahr, daß es nicht anders gehen wird; wollen wir zu einer durchgreifenden und gerechten

Steuerreform kommen, dürfen wir uns nicht abschrecken lassen durch den Wunsch des Herrn Ministers, nicht den vorliegenden Gesetzentwurf zu amendiren, ihn durch Anträge zu verbessern zu suchen. Das kann uns nicht zurückhalten, wenn wir einmal etwas für ungerecht halten, daß wir suchen das zu verbessern, und wir werden von dem uns zustehenden Rechte Gebrauch machen, wir werden so viel wie möglich suchen, nach dieser Richtung hin eine Befreiung nach unten zu erwirken der wirklich nothleidenden Bevölkerung, und eine stärkere Heranziehung nach oben, um die Schultern zu treffen, die tragfähig sind.

Wenn man gesagt hat: die Sozialdemokraten haben nichts gethan für das Volk; die Konservativen oder die Nationalliberalen sind es, die für das Volk etwas geschaffen haben — und vor kurzem war ja ein Kampf, eine kleine Fehde ausgebrochen zwischen den Parteien, wo ein Führer der Konservativen behauptete, er sei der Spiritus, der dazu getrieben hätte, um die Schuldotation den Gemeinden zu erhalten, und auf der anderen Seite sofort das Hauptorgan der nationalliberalen Partei, das Leipziger Tageblatt, diese Errungenschaften für den Führer der Nationalliberalen in Anspruch nahm —, nun, ich will mich in diesen Privatwist der Parteien nicht mischen. Wenn die Regierung einmal so gerecht sein würde und die offene Wahrheit bekennen wollte, wie es einmal der frühere Reichskanzler Fürst Bismarck that, der sagte: „Ohne die Sozialdemokratie keine Sozialreform“, so müßte die Regierung jetzt auch gestehen und sagen: „Ohne die Sozialdemokratie keine Steuerreform.“

(Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.)

Wir sind es gewesen, die Jahre hindurch den Anlaß gegeben haben, darauf zu dringen und fortwährend wieder zu fordern: Entlastung nach unten. Wir haben von Anfang an gesagt: Unsere Anträge sind perennirend, sind dauernd, sind wiederkehrend, und wenn es nicht in dieser Session zu erreichen ist, dann wird es in der nächsten Session zu erreichen sein; wir haben gedrängt, daß endlich die Steuerreform ins Werk gesetzt würde. Wenn sie auch noch mangelhaft und lückenhaft ist, wie es ja von allen Seiten bezeugt worden ist, so ist doch die Sache in Fluß gekommen und es werden sich auf diesem Wege noch weitere Vortheile erreichen lassen.

Ich will aber dabei auch konstatiren, daß in Betreff der Befreiung der unteren Klassen mein verehrter Kollege, der Herr Vicepräsident Georgi, auch früher mit auf diesem Standpunkte gestanden hat und daß er schon im Jahre 1882 diesen Gesichtspunkt vertreten hat, wie er ihn heute vertreten hat. Leider aber ist nur zu bedauern, daß man sich allemal an einen sogenannten Hemmschuh